



PRESSEMITTEILUNG 07/2015

Berlin, den 1. Juli 2015

Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Friedrichstraße 154

10117 Berlin

Tel.: 030 / 22 48 84 12

Fax: 030 / 22 48 84 14

www.promobilitaet.de

info@promobilitaet.de

Präsidium

Dr. Peter Fischer (Vorsitzender)

Ulrich Klaus Becker

Peter H. Coenen

Dr.-Ing. Walter Fleischer

Stefan Kölbl

Peter Markus Löw

Adalbert Wandt

Matthias Wissmann

Geschäftsführung

Stefan Gerwens

Mitglieder

3M Deutschland GmbH

ADAC e.V.

AGES Maut System GmbH & Co. KG

ARBIT Service GmbH

Autobahn Tank & Rast GmbH

Berufsgenossenschaft der
Bauwirtschaft

Bundesverband Baustoffe, Steine
und Erden e.V.

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

Bundesverband Güterkraftverkehr,
Logistik und Entsorgung e.V.

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.

DEKRA e.V.

Deutscher Asphaltverband e.V.

DKV Euroservice GmbH + Co. KG

Domier Consulting GmbH

Eurovia Infra GmbH

Hauptverband der
Deutschen Bauindustrie e.V.

HOCHTIEF AG

J. Friedrich Storz Verkehrswegebau
GmbH & Co. KG

Kapsch Telematik Services GmbH

KEMNA BAU

Andreae GmbH & Co. KG

Road Account

SVG Bundes-Zentralgenossenschaft
Straßenverkehr eG

Tensar International GmbH

Toll Collect GmbH

UNION TANK Eckstein GmbH & Co. KG

Verband Beratender Ingenieure e.V.

Verband der Automobilindustrie e.V.

Verband der Internationalen
Kraftfahrzeughersteller e.V.

Verein Deutscher
Zementwerke e.V.

Zentralverband Deutsches
Baugewerbe e.V.

Zentralverband Deutsches
Kraftfahrzeuggewerbe e.V.

Bundeskabinett beschließt Etatentwurf 2016 und Finanzplanung bis 2019

Investitionsplus von 20 Prozent für Autobahnen und Bundesstraßen geplant

Die Bundesregierung will die Investitionen in Bundesfernstraßen im kommenden Jahr um 20 Prozent erhöhen. Dies geht aus dem Haushaltsentwurf 2016 hervor, den das Bundeskabinett heute beschlossen hat. „Nach Jahren der Stagnation setzt die Koalition mit einer Aufstockung der Finanzierungslinie ein wichtiges Signal zur Modernisierung des Straßennetzes“, begrüßte Pro Mobilitäts-Präsident Dr. Peter Fischer den Kabinettsbeschluss. Die Anhebung auf 6,2 Milliarden Euro sei eine deutliche Verbesserung gegenüber dem derzeitigen Niveau von rund 5,1 Milliarden Euro. Endlich könne mehr für die Sanierung und die Engpassbeseitigung an Autobahnen und Bundesstraßen getan werden.

In den Jahren 2017 und 2018 will die Koalition dann durchschnittlich 6,6 Milliarden Euro pro Jahr für die Fernstraßen bereitstellen. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt mache Ernst mit der Umsetzung des angekündigten Investitionshochlaufs, auch wenn der Bedarf von jährlich rund acht Milliarden Euro noch nicht erreicht werde. Jetzt seien die für die Planung der Projekte zuständigen Bundesländer am Zuge, mit ihren Straßenbauverwaltungen zusätzliche Vorhaben zur Baureife zu entwickeln.

Die verbesserte Mittelausstattung brauche weiterhin die Flankierung durch effiziente Entscheidungs- und Organisationsstrukturen. „Trotz des höheren Investitionsniveaus der kommenden Jahre bleibt es unerlässlich, im kommenden Bundesverkehrswegeplan Projekten von hohem gesamtwirtschaftlichen Nutzen eine klare Priorität zu geben“, so Fischer. Ebenso sei es wichtig, dass sich Bund und Länder in den laufenden Verhandlungen zu den föderalen Finanzbeziehungen auf eine Reform der Fernstraßenverwaltung verständigten. Eine Öffnung der rechtlichen Vorgaben im Grundgesetz müsse einer stärkeren Steuerung durch eine Bundesgesellschaft den Weg bereiten.

Weitere Informationen: Stefan Gerwens, Geschäftsführer Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.